

06.10.04

AS - In

Verordnung
des Bundesministeriums
für Wirtschaft und Arbeit

Verordnung zur Regelung der Grundsätze des Verfahrens für die Arbeit der Einigungsstellen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (Einigungsstellen-Verfahrensverordnung - EinigungsStVV)**A. Zielsetzung**

Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende haben erwerbsfähige Hilfebedürftige. Bei Streitigkeiten über die Erwerbsfähigkeit oder die Hilfebedürftigkeit zwischen den Trägern der Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch sowie bei Streitigkeiten über die Erwerbsfähigkeit mit einem anderen Leistungsträger, der bei voller Leistungsminderung zuständig wäre, entscheidet eine gemeinsame Einigungsstelle (§ 45 Abs. 1 Satz 1 SGB II). Damit die Einigungsstellen arbeiten können, muss das Verfahren dieser Einigungsstelle geregelt werden.

B. Lösung

Durch eine Rechtsverordnung werden die wesentlichen Verfahrensregelungen für die Arbeit der gemeinsamen Einigungsstellen geschaffen. Die Verfahrensregelungen betreffen sowohl die Bestellung der Mitglieder der gemeinsamen Einigungsstelle als auch das Verfahren zur Entscheidungsfindung.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

Durch die Rechtsverordnung entstehen keine Mehrkosten. Die Einrichtung der gemeinsamen Einigungsstellen ist in § 45 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch dem Grunde nach geregelt.

E. Sonstige Kosten

Keine

06.10.04

AS - In

Verordnung

**des Bundesministeriums
für Wirtschaft und Arbeit**

Verordnung zur Regelung der Grundsätze des Verfahrens für die Arbeit der Einigungsstellen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (Einigungsstellen-Verfahrensverordnung - EinigungsStVV)

Rolf Schwanitz
Staatsminister beim Bundeskanzler

Berlin, den 6. Oktober 2004

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ministerpräsidenten
Dieter Althaus

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich die vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit zu
erlassende

Verordnung zur Regelung der Grundsätze des Verfahrens für die
Arbeit der Einigungsstellen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch
(Einigungsstellen-Verfahrensverordnung – EinigungsStVV)

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Zustimmung des Bundesrates aufgrund des Artikels 80 Absatz 2
des Grundgesetzes herbeizuführen.

Mit freundlichen Grüßen

Rolf Schwanitz

**Verordnung zur Regelung der Grundsätze des Verfahrens für die Arbeit der
Einigungsstellen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch
(Einigungsstellen-Verfahrensverordnung – EinigungsStVV)**

Vom ...

Auf Grund des § 45 Abs. 3 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch – Grundsicherung für Arbeitssuchende – (Artikel 1 des Gesetzes vom 24. Dezember 2003, BGBl. I S. 2954, 2955), verordnet das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen und dem Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung:

§ 1

Sitz der Einigungsstellen

Die Einigungsstellen haben ihren Sitz bei den Agenturen für Arbeit. Die Agenturen für Arbeit führen die Geschäfte der Einigungsstelle.

§ 2

Mitglieder der Einigungsstelle

(1) Der Vertreter der Agentur für Arbeit wird von der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit bestimmt; diese kann ihre Befugnisse auf ein Mitglied der Geschäftsführung übertragen. Der Vertreter des Trägers der anderen Leistung oder eines weiteren Trägers von Sozialleistungen im Sinne des Absatzes 3 wird von dem Leiter des Trägers bestimmt; er kann seine Befugnisse auf einen Bediensteten dieses Trägers übertragen.

(2) Die Mitglieder der Einigungsstelle sollen sich einvernehmlich auf einen unabhängigen Vorsitzenden einigen, der die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst besitzt. Die Mitglieder bestimmen außerdem einen Vertreter entsprechend Satz 1. Sofern in den Fällen des § 45 Abs. 1 Satz 4 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch keine Einigung darüber erzielt wird, welcher Träger den ersten Vorsitzenden stellt, entscheidet das Los.

(3) Weitere Träger von Sozialleistungen sind Mitglieder der Einigungsstelle, wenn auf Grund des Sachverhalts nicht ausgeschlossen werden kann, dass sie zur Leistung an den Antragsteller verpflichtet sind. Sie sind zu beteiligen, wenn ein Mitglied der Einigungsstelle dies verlangt.

(4) Der Vorsitzende und die Mitglieder der Einigungsstelle können sich vertreten lassen.

§ 3

Zuständigkeit

Zuständig ist die Einigungsstelle bei der Agentur für Arbeit, in der ein Antrag gemäß § 37 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch gestellt wurde oder zu stellen wäre. Wird nach der Anrufung der Einigungsstelle eine andere Agentur für Arbeit zuständig, entscheidet die angerufene Einigungsstelle abschließend.

§ 4

Anrufung der Einigungsstelle

(1) Die Einigungsstelle wird von dem Träger angerufen, der eine von der Entscheidung des anderen Trägers abweichende Entscheidung über die Erwerbsfähigkeit oder Hilfebedürftigkeit treffen will. Die Anrufung hat unverzüglich nach der Feststellung zu erfolgen, dass der anrufende Träger eine abweichende Entscheidung treffen will. Haben beide Träger bereits eine Entscheidung getroffen, kann die Einigungsstelle von beiden Trägern angerufen werden.

(2) Die Anrufung der Einigungsstelle ist dem Vorsitzenden oder, wenn ein Vorsitzender noch nicht bestimmt ist, dem anderen Träger schriftlich mitzuteilen. Die erste Sitzung der Einigungsstelle soll innerhalb von 14 Tagen nach Anrufung der Einigungsstelle durchgeführt werden.

§ 5

Sitzungen der Einigungsstelle

(1) Die Einigungsstelle entscheidet auf Grund mündlicher Verhandlung. Die Sitzungen der Einigungsstelle sind nicht öffentlich. Der Vorsitzende und die Mitglieder der Einigungsstelle haben über den Inhalt und das Ergebnis der Beratungen der Einigungsstelle Verschwiegenheit zu bewahren.

(2) Der Vorsitzende leitet die Sitzungen der Einigungsstelle. Solange ein Vorsitzender nicht bestimmt ist, wird die Sitzung vom Mitglied des Trägers geleitet, der die Einigungsstelle angerufen hat.

(3) Über jede Sitzung der Einigungsstelle ist ein Protokoll zu fertigen. Das Protokoll hat die wesentlichen Gründe für die Entscheidung aufzuführen. Das Protokoll beinhaltet mindestens

1. den Ort und die Zeit der Sitzung,
2. die Namen der Anwesenden,
3. den wesentlichen Inhalt der Verhandlung,
4. die Anträge der Mitglieder der Einigungsstelle und
5. die Beschlüsse der Einigungsstelle im Wortlaut.

Die Richtigkeit des Protokolls wird vom Vorsitzenden durch Unterschrift bestätigt. Der Vorsitzende leitet das Protokoll der Agentur für Arbeit und den anderen Mitgliedern der Einigungsstelle unverzüglich zu.

§ 6

Sachverständige

(1) Der Vorsitzende und die Mitglieder der Einigungsstelle können die Hinzuziehung von Sachverständigen verlangen. Sachverständige sollen nicht der Bundesagentur für Arbeit oder dem Träger der anderen Leistung angehören oder mit ihnen in sonstiger Weise in geschäftlichen Beziehungen stehen.

(2) Der Sachverständige soll ein schriftliches Gutachten fertigen; er kann von der Einigungsstelle persönlich angehört werden. Den Mitgliedern ist vor der Entscheidung der Einigungsstelle ein angemessener Zeitraum zur Prüfung des Gutachtens zu einzuräumen.

§ 7

Anhörung des Antragstellers

Der Antragsteller kann persönlich angehört werden. Er kann zu der Anhörung mit einem Beistand erscheinen. Das vom Beistand Vorgetragene gilt als von dem Antragsteller vorgetragen, soweit dieser nicht unverzüglich widerspricht.

§ 8

Entscheidung der Einigungsstelle

(1) Der Vorsitzende hat auf eine einvernehmliche Entscheidung der Einigungsstelle gemäß § 45 Abs. 2 Satz 1 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch hinzuwirken. Sofern eine einvernehmliche Entscheidung nicht herbeigeführt werden kann, entscheidet die Einigungsstelle mit einfacher Mehrheit durch Beschluss. Bei Stimmgleichheit entscheidet der Vorsitzende. Der gemäß § 7 beteiligten Antragssteller erhält eine Ausfertigung des Beschlusses zur Kenntnis. Die Entscheidung der Einigungsstelle ist für die an der Entscheidung beteiligten Träger bindend.

(2) Stimmberechtigt sind der Vorsitzende, der Vertreter der Agentur für Arbeit und der Vertreter des Trägers der anderen Leistung (§ 2 Abs. 1). Führt in den Fällen des § 2 Abs. 3 eine Feststellung über die Erwerbsfähigkeit oder Hilfebedürftigkeit zur Leistungspflicht eines weiteren Trägers von Sozialleistungen, ist auch der Vertreter dieses Leistungsträgers stimmberechtigt. Die Einigungsstelle ist beschlussfähig, wenn die stimmberechtigten Mitglieder oder ihre Vertreter anwesend sind. Weigert sich ein Träger nach Fristsetzung durch den Vorsitzenden, durch Entsendung von Vertretern die Beschlussfähigkeit herbeizuführen, stellt der Vorsitzende diesen Sachverhalt fest. Danach ist er befugt, auch das Stimmrecht des fernbleibenden Trägers auszuüben.

(3) Die Einigungsstelle ist an Feststellungen zur Erwerbsfähigkeit gebunden, die in einem rechtskräftigen Urteil getroffen wurden, soweit sich der dem Urteil zu Grunde liegende Sachverhalt nicht verändert hat.

(4) Wechselt die örtliche Zuständigkeit nach § 36 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch, bleibt die Entscheidung der zuvor zuständigen Einigungsstelle für die betroffenen Leistungsträger bindend.

§ 9

Kosten

Die Kosten für das Verfahren der Einigungsstelle trägt die Agentur für Arbeit; den beteiligten Trägern werden Kosten nicht erstattet. Der Vorsitzende erhält außer in den Fällen des § 45 Abs. 1 Satz 4 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch entsprechend die einem ehrenamtlichen Richter zustehende Entschädigung nach dem Justizvergütungs- und entschädigungsgesetz in der jeweils gültigen Fassung und zusätzlich eine besondere Aufwandsentschädigung in Höhe von Euro 60 für jeden durch Beschluss entschiedenen Fall. Die notwendigen Auslagen des Antragstellers nach § 7 sind von der Agentur für Arbeit zu erstatten.

§ 10

Stellung der zugelassenen kommunalen Träger

Die gemäß § 6a des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch zugelassenen kommunalen Träger haben an Stelle der Agenturen für Arbeit die aus dieser Verordnung folgenden Rechte und Pflichten.

§ 11

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2005 in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Begründung

A. Allgemeiner Teil

Mit dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch wurden die Voraussetzungen für die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu der Grundsicherung für Arbeitsuchende geschaffen. Anspruch auf Arbeitslosengeld II haben gemäß § 19 SGB II erwerbsfähige Hilfebedürftige. Bei Streitigkeiten über die Erwerbsfähigkeit oder die Hilfebedürftigkeit zwischen den Trägern der Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch sowie bei Streitigkeiten über die Erwerbsfähigkeit mit einem andere Leistungsträger, der bei voller Leistungsminderung zuständig wäre, entscheidet gemäß § 45 Abs. 1 Satz 1 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch eine gemeinsame Einigungsstelle. Die Einigungsstelle entscheidet also auch bei Streitigkeiten über die Erwerbsfähigkeit eines Hilfebedürftigen zwischen den Trägern der Leistungen nach dem SGB II und den Trägern der Sozialhilfe nach SGB XII oder den Rentenversicherungsträgern.

Die Einigungsstelle dient der verbindlichen Klärung interner Differenzen zwischen den verschiedenen Trägern der Sozialversicherungsleistungen. Gegenüber dem Antragsteller wird der Träger tätig, der auf Grund der Entscheidung der Einigungsstelle als zuständig anzusehen ist. Da das Verfahren vor der Einigungsstelle der Klärung verwaltungsinterner Differenzen dient, ist es von der Begutachtung eines Antragstellers nach § 45 SGB XII zu trennen. Falls eine Begutachtung bereits erfolgt ist, wird deren Ergebnis allerdings im Verfahren vor der Einigungsstelle zu berücksichtigen sein.

Die Einzelheiten zum Verfahren für die Arbeit der gemeinsamen Einigungsstelle können gemäß § 45 Abs. 3 SGB II durch Rechtsverordnung geregelt werden. Durch die Rechtsverordnung sollen die Voraussetzungen für die Einführung und die erfolgreiche Arbeit der gemeinsamen Einigungsstellen geschaffen werden.

B. Besonderer Teil

Zu § 1

Die Regelung bestimmt den Sitz der Einigungsstellen und die Geschäftsführung. Die Festlegung des Sitzes der Einigungsstelle ist erforderlich für die gegebenenfalls erforderliche Korrespondenz mit Sachverständigen und dem Antragsteller. Die Einigungsstelle kann jedoch

auch außerhalb der Agentur für Arbeit tagen, z.B. am Sitz des Trägers der anderen Leistung. Die Beteiligten können sich vertreten lassen (§ 2 Abs. 4) mit der Folge, dass weite Anreisen zu den Einigungsstellen vermieden werden können. Die Geschäfte werden von der Agentur für Arbeit geführt. Sie kann für die Abwicklung der laufenden Verwaltungsgeschäfte einzelne Beschäftigte betrauen oder eine Geschäftsstelle einrichten.

Zu § 2

Zu Absatz 1

Der Vertreter der Agentur für Arbeit in der Einigungsstelle wird nach Satz 1 von der Geschäftsführung der jeweiligen Agentur bestimmt. Die Geschäftsführung kann ihre Befugnis zur Bestimmung des Mitglieds auf ein einzelnes Mitglied der Geschäftsführung übertragen. Satz 2 enthält eine entsprechende Regelung für die anderen an dem Einigungsstellenverfahren beteiligten Träger.

Zu Absatz 2

Nach der Intention des § 45 Abs. 1 Satz 3 SGB II ist grundsätzlich ein unparteiischer Vorsitzender der Einigungsstelle zu bestimmen. Mit der Regelung in Satz 1 wird gewährleistet, dass die an dem Verfahren beteiligten Träger zunächst den Versuch unternehmen, sich auf einen unabhängigen Vorsitzenden zu verständigen. Als neutrale Vorsitzende kommen auf Grund ihrer besonderen Fachkenntnisse und ihrer persönlichen Unabhängigkeit insbesondere Richter der Sozialgerichtsbarkeit in Betracht. Wenn eine Einigung erzielt wird, kann der Vorsitzende auch auf unbestimmte Zeit bestellt werden. In entsprechender Weise wird ein Vertreter des Vorsitzenden bestimmt. Satz 3 regelt das Verfahren, wenn keine Einigung darüber erzielt werden kann, welcher Träger den ersten Vorsitzenden der Einigungsstelle stellt. In diesem Fall entscheidet das Los.

Zu Absatz 3

Die Vorschrift regelt den Fall, dass nach Aktenlage ein dritter Leistungsträger zuständig sein könnte. Durch die Einbeziehung weiterer Träger von Sozialleistungen kann sich also die Zahl der Mitglieder im Einzelfall erhöhen. Dieser Träger ist – wenn die Entscheidung der Einigungsstelle seine Leistungspflicht zur Folge haben soll – auch an der Entscheidung der Einigungsstelle zu beteiligen (§ 8 Abs. 2 Satz 2). Damit ist gewährleistet, dass die Einigungsstelle eine für alle in Betracht kommende Träger von Sozialleistungen eine

verbindliche Entscheidung trifft. Nach Satz 2 ist für die Einbeziehung des dritten Leistungsträgers das Verlangen eines Mitglieds der Einigungsstelle ausreichend.

Zu Absatz 4

Die Vertretungsregelung gewährleistet die Arbeitsfähigkeit der Einigungsstelle. Insbesondere wird verhindert, dass bei großen Trägern der Leiter den Vorsitz führen muss. So kann beispielsweise der Präsident der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte oder eine Landesversicherungsanstalt seine Befugnisse auf einen Beschäftigten dieses Trägers im Bezirk der Agentur für Arbeit übertragen. Auch ist es möglich, dass sich die Mitglieder der Rentenversicherungsträger untereinander vertreten.

Zu § 3

Die Regelung stellt die örtliche Zuständigkeit der Einigungsstelle klar. Zuständig ist nach Satz 1 die Einigungsstelle bei der Agentur für Arbeit, in der ein Antrag auf Leistungen nach dem Zweiten Buches Sozialgesetzbuch gestellt wurde oder zu stellen wäre. Im ersten Fall ergibt sich die Zuständigkeit unmittelbar aus der Antragstellung auf Leistungen nach dem SGB II. Der zweite Fall bestimmt die Zuständigkeit, wenn der Antrag in einer örtlich nicht zuständigen Agentur oder bei dem anderen beteiligten Träger gestellt wurde und dieser der Auffassung ist, dass ein Leistungsanspruch nach dem SGB II besteht. Nach Satz 2 bleibt die angerufene Einigungsstelle zuständig, wenn sich die örtliche Zuständigkeit der Agentur für Arbeit nach dem SGB II im Laufe des Einigungsstellenverfahrens ändert, etwa durch einen Umzug des Antragstellers.

Zu § 4

Zu Absatz 1

Die Vorschrift regelt, von welchem der beteiligten Träger die Einigungsstelle anzurufen ist. Satz 1 regelt den Normalfall, dass ein Träger von der ihm bekannten Entscheidung des anderen Trägers abweichen will. In diesem Fall ist er verpflichtet, vor seiner Entscheidung die Einigungsstelle anzurufen. Die Anrufung hat nach Satz 2 aus Gründen der Verfahrensbeschleunigung unverzüglich, also ohne schuldhaftes Zögern, zu erfolgen. Satz 3 regelt den Ausnahmefall, dass dem Träger, der eine Entscheidung erlässt, die abweichende Entscheidung eines anderen Trägers nicht bekannt war und sich die Meinungsverschiedenheit

erst nachträglich herausstellt. In diesem Fall sind beide Träger zur Anrufung der Einigungsstelle berechtigt.

Zu Absatz 2

Die Vorschrift regelt das Verfahren zur Anrufung der Einigungsstelle und die Einberufung der ersten Sitzung. Die Anrufung der Einigungsstelle ist nach Satz 1 grundsätzlich dem Vorsitzenden mitzuteilen. Der Vorsitzende bestimmt einen Termin und lädt die Mitglieder der Einigungsstelle ein. Falls ein Vorsitzender noch nicht bestimmt ist, erfolgt die Mitteilung des die Einigungsstelle anrufenden Trägers unmittelbar an den anderen beteiligten Träger unter Angabe von Ort und Zeit der Sitzung. Satz 2 dient der Verfahrensbeschleunigung. Die erste Sitzung soll innerhalb von zwei Wochen nach der Anrufung der Einigungsstelle erfolgen.

Zu § 5

Zu Absatz 1

Die Einigungsstelle entscheidet nach Satz 1 auf Grund mündlicher Verhandlung. Sie befasst sich mit Fragen, die dem Sozialdatenschutz unterliegen. Insbesondere werden bei einer Entscheidung über die Erwerbsfähigkeit gesundheitliche Einschränkungen des Antragsstellers erörtert. Satz 2 stellt daher klar, dass die Einigungsstelle nicht öffentlich tagt. Satz 3 bestimmt entsprechend der beamtenrechtlichen Regelungen (§ 39 Abs. 1 BRRG, § 61 Abs. 1 BBG) und der entsprechenden Regelungen in den Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes, dass über den Inhalt und das Ergebnis der Beratungen der Einigungsstelle Verschwiegenheit zu bewahren ist.

Zu Absatz 2

Die Vorschrift regelt die Leitung der Sitzungen der Einigungsstelle. Diese obliegt gemäß Satz 1 grundsätzlich dem Vorsitzenden. Er entscheidet insbesondere darüber, in welcher Art und Weise Sachverständige und Antragsteller hinzugezogen werden. Satz 2 regelt die Leitung der Sitzung bis zur Bestimmung eines Vorsitzenden. Solange wird die Sitzung von dem Mitglied des Trägers geleitet, der die Einigungsstelle angerufen hat. Haben mehrere Träger die Einigungsstelle angerufen, leitet zunächst das Mitglied des Trägers die Sitzung, der die Einigungsstelle zuerst angerufen hat.

Zu Absatz 3

Aus Gründen der Beweissicherung über den Ablauf der Beratungen der Einigungsstelle ist über jede Sitzung ein Protokoll anzufertigen, das den Mitgliedern der Einigungsstelle zur Verfügung gestellt wird. Das abschließende Protokoll enthält nach Satz 2 eine schriftliche Begründung der Entscheidung, da sie für die beteiligten Leistungsträger verbindlich ist und Grundlage für die Entscheidungen der Leistungsträger gegenüber dem Antragsteller wird. Das Schriftformerfordernis dient daher neben der Sicherung des Ergebnisses der Beratungen der Einigungsstelle der Vereinfachung der Begründungen von Verwaltungsakten der Leistungsträger. Satz 3 beschreibt den über die Begründung hinaus gehenden Mindestinhalt des Protokolls. Die Richtigkeit des Protokolls hat der Vorsitzende nach Satz 5 durch seine Unterschrift zu bestätigen und das Protokoll nach Satz 5 den beteiligten Trägern zu übermitteln.

Zu § 6

Zu Absatz 1

Nach Satz 1 kann der Vorsitzende und jedes Mitglied der Einigungsstelle die Hinzuziehung eines Sachverständigen verlangen. Ein Mehrheitsentscheid ist nicht erforderlich. Dadurch wird sichergestellt, dass ein Sachverständiger auf Verlangen eines Trägers hinzugezogen wird. Satz 2 gewährleistet die Unparteilichkeit des Gutachtens. Im gegenseitigen Einvernehmen kann auch ein Gutachter bestimmt werden, der einem der beteiligten Träger angehört. Die Entschädigung nach § 45 Abs. 2 Satz 3 SGB II wird von der Agentur für Arbeit veranlasst.

Zu Absatz 2

Satz 1 regelt das Verfahren zur Erstellung des Gutachtens durch den Sachverständigen. Er soll ein schriftliches Gutachten fertigen und kann von der Einigungsstelle persönlich angehört werden. Die Anhörung stellt die Klärung gegebenenfalls offener Fragen sicher. Die Pflicht des Antragstellers, sich begutachten zu lassen, ergibt sich aus den jeweils für die beantragte Leistung maßgeblichen gesetzlichen Regelungen. Satz 2 verschafft den Mitgliedern der Einigungsstelle die Möglichkeit, das Gutachten zu prüfen. Die Mitglieder der Sozialversicherungsträger können insbesondere ihre Fachdienste anhören.

Zu § 7

Der Antragsteller ist nicht zwingend anzuhören; auf eine Anhörung kann insbesondere dann verzichtet werden, wenn er bereits zuvor von einem der beteiligten Leistungsträger angehört

worden ist. Satz 2 und 3 regeln entsprechend § 13 Abs. 4 SGB X und § 14 Abs. 4 VwVfG, dass der Antragsteller zu seiner Anhörung mit einem Beistand erscheinen kann und darüber hinaus die Zurechnung des vom Beistand Vorgetragenen. Bei dem Beistand kann es sich um einen Rechtsanwalt oder um eine andere Vertrauensperson handeln.

Zu § 8

Zu Absatz 1

Die Regelung in Satz 1 stellt klar, dass es in der Verantwortung des Vorsitzenden liegt, auf eine einvernehmliche Entscheidung der Einigungsstelle hinzuwirken. Gelingt dies nicht, ist für den Beschluss der Einigungsstelle eine einfache Mehrheit ausreichend. Soll die Leistungspflicht eines weiteren Trägers von Sozialleistungen, der Mitglied der Einigungsstelle (§ 2 Abs. 3) ist, festgestellt werden, ist auch dieser Träger aufgrund seiner tatsächlichen Betroffenheit stimmberechtigt (§ 8 Abs. 2 Satz 2). Besteht in einer solchen Konstellation Stimmgleichheit, wird Satz 3 relevant, wonach die Stimme des Vorsitzenden entscheidet. Die in Satz 4 geregelte Übermittlung des Beschlusses an den gemäß § 7 beteiligten Antragsteller dient der Unterrichtung des Betroffenen und der Einhaltung einer transparenten Datenverarbeitung. Nach Satz 5 ist die Entscheidung der Einigungsstelle ausschließlich für die an der Entscheidung beteiligten Träger verbindlich, nicht jedoch für Dritte, die an der Entscheidung nicht beteiligt waren.

Zu Absatz 2

Stimmberechtigt ist nach Satz 1 der Vorsitzende und jedes Mitglied eines Trägers, für den die Entscheidung der Einigungsstelle die Leistungspflicht zur Folge haben kann. Steht bereits vor der Entscheidung fest, dass ein Träger unabhängig von der Erwerbs- oder Hilfebedürftigkeit nicht zur Leistung verpflichtet sein kann, erhält er auch kein Stimmrecht. Beschlussfähig ist die Einigungsstelle nach Satz 3 nur bei Anwesenheit aller stimmberechtigten Mitglieder. Satz 4 stellt insoweit klar, dass die Stimme des fernbleibenden Trägers dem Vorsitzenden zufällt und somit die Beschlussfähigkeit der Einigungsstelle bestehen bleibt.

Zu Absatz 3

Sofern bereits durch ein Sozialgericht rechtskräftig über die Erwerbsfähigkeit entschieden ist, ist die Einigungsstelle an diese Entscheidung gebunden. Sie kann dennoch angerufen werden und

entscheidet dann nur noch darüber, ob der dem Urteil zu Grunde liegende Sachverhalt unverändert ist.

Zu Absatz 4

Die Regelung stellt eine schnelle Entscheidung der Einigungsstelle sicher. Es tritt kein Zuständigkeitswechsel der Einigungsstelle ein, wenn die Person, über deren Erwerbsfähigkeit zu entscheiden ist, ihren Wohnsitz wechselt.

Zu § 9

Nach Satz 1 trägt die Agentur für Arbeit die Kosten des Verfahrens der Einigungsstelle. Die Kosten werden der Bundesagentur für Arbeit vom Bund als Verwaltungskosten im Sinne des § 46 Abs. 1 Satz 1 SGB II erstattet. Den an dem Verfahren beteiligten Trägern werden die Kosten des Verfahrens nicht erstattet. Es handelt sich insoweit um allgemeine Verwaltungskosten, die von den Trägern selbst aufzubringen sind. Es wird dabei davon ausgegangen, dass aus der Regelung keine nennenswerten Belastungen für die Träger der Rentenversicherung entstehen. Der Vorsitzende erhält nach Satz 2 eine Entschädigung entsprechend der einem ehrenamtlichen Richter zustehenden Entschädigung nach dem Justizvergütungs- und entschädigungsgesetz. Als zusätzlichen Anreiz für die Bereitschaft als Vorsitzender einer Einigungsstelle tätig zu werden soll die besondere Aufwandsentschädigung in Höhe von € 60 pro durch Beschluss entschiedenen Fall dienen. Gehört er selbst einem der beteiligten Träger an, erhält er keine Entschädigung. Nach Satz 3 sind einem gemäß § 7 beteiligten Antragsteller die notwendigen Auslagen, also insbesondere Fahrtkosten, zu erstatten. Dem Antragsteller sollen keine finanziellen Nachteile dadurch entstehen, dass die Träger das Einigungsstellenverfahren einleiten müssen. Die Kosten werden von der zuständigen Agentur für Arbeit ausgezahlt. Die Erstattung der Kosten für die Zuziehung eines Bevollmächtigten sollte in Anlehnung an § 80 Abs. 2 VwVfG nur bei Notwendigkeit der Zuziehung erfolgen.

Zu § 10

Diese Vorschrift betrifft den Fall, dass ein gemäß § 6a Zweites Buch Sozialgesetzbuch zugelassener kommunaler Träger die in § 6b Abs. 1 Satz 1 Zweites Buch Sozialgesetzbuch aufgeführten Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit übernimmt. Die Übernahme der alleinigen Trägerschaft für die Grundsicherung für Arbeitsuchende führt dazu, dass der zugelassene

kommunale Träger auch die in der Verordnung aufgeführten Rechte und Pflichten der Agentur für Arbeit übernimmt. Daher hat im Falle der Zulassung des kommunalen Trägers insbesondere die Einigungsstelle ihren Sitz bei dem zugelassenen kommunalen Träger, dieser führt die Geschäfte der Einigungsstelle und trägt die Kosten für das Verfahren der Einigungsstelle.

Zu § 11

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten der Verordnung.

C. Kosten der öffentlichen Haushalte

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugaufwand

Keine

2. Vollzugaufwand

Es entstehen durch den Vollzug der Rechtsverordnung keine Mehrkosten. Die Einrichtung der gemeinsamen Einigungsstellen ist in § 45 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch dem Grunde nach geregelt. Darüber hinaus gehende Kosten entstehen durch die Rechtsverordnung nicht.

D. Sonstige Kosten

Es sind keine Auswirkungen auf Preise und Preisniveau zu erwarten. Für die Wirtschaft, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, entstehen keine Kosten.